

HINTERGRUND

"Die Leute haben die Gewalt satt"

Deutsche Initiative für Nahost sucht nach Wegen zum Frieden

Wir sind bereit für den Frieden", sagt Abdallah Frangi, der alte Stadthalter palästinensischer Interessen und neue außenpolitische Sprecher von Präsident Abbas, gestern in Köln. Aber noch sei in Israel kein Einlenken erkennbar. Worte, wie sie in der einen oder anderen Form, auch von der anderen Seite immer wieder in den fast 60 Jahren des Nahostkonflikts zu hören waren. Das Ergebnis solcher Reden ist so frustrierend wie bekannt: Nach vielen gescheiterten Gipfeln, blutigen Feldzügen und Terroranschlägen, nach ungehemmtem Siedlungsbau und innerpalästinensischem Bruderkrieg ist die Situation so verfahren, dass kein Politiker, welcher Partei und Nation auch immer, der Erfolge vorweisen möchte, sich in diesem Konflikt noch hervortun will.

Deutschland hat aufgrund seiner verheerenden Geschichte stets seine besondere politische Verantwortung betont. Eine Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, die auch fast 60 Jahre nach der Gründung des Staates Israel und der Vertreibung und Flucht Hunderttausender Palästinenser aus dem "Heiligen Land" stets eine politisch prekäre Situation schuf. Kritik auch an israelischer Politik blieb schwierig. Die "Deutsche Initiative für den Nahen Osten" (**Dino**) nun möchte hier ansetzen und mit einem neuen Netzwerk engagierter Menschen helfen, das Verständnis für die Zusammenhänge zu fördern und dabei den Blick stärker auf alle Konfliktparteien richten. In Köln hielt **Dino** nun ihr zweites Symposium ab.

Gegründet wurde die Initiative im letzten Jahr in Münster von dem langjährigen politischen Chefkorrespondenten des WDR, Manfred Erdenberger. Münster stand deshalb im Zentrum, wollte man doch bewusst an den Westfälischen Frieden von 1648 als Europas größten Friedensschluss anknüpfen. "Auch damals wurde während der Kämpfe verhandelt", erinnerte die ehemalige Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth als Mitglied der Initiative ans Ende des 30-jährigen Kriegs, der ganz Europa in ein Trümmerfeld verwandelt hatte. Auch damals waren nahezu alle Mächte rundherum in den Konflikt verwickelt.

Dass sich mit Rudolf Dreßler (SPD), dem langjährigen deutschen Botschafter in Israel, Rita Süßmuth (CDU), Wolfgang Clement (SPD), dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister, Klaus Kinkel (FDP), dem einstigen Außenminister vor allem Persönlichkeiten engagieren, die nicht mehr qua Amt Gefahr laufen, sich die Finger zu verbrennen, verleiht der Initiative eine besondere Freiheit. Vielen sind vielfältige Kontakte in die Region und politische Autorität geblieben. "Es kommt auf die Form und Zirkel an, in denen man Kritik übt", sagt Rita Süßmuth. Israels Botschafter Stein, der jüngst abgelöst wurde, habe den Dialog nicht leicht gemacht. Dagegen zählt der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor zu den Mitgliedern der Initiative.

Dass die Mehrheit der Bevölkerung beider Seiten in ihrem Friedenswillen weiter sei als die Politiker, betont Dreßler. "Die Leute haben die Gewalt satt." Auch Gregorios III, der griechisch-katholische Patriarch des Nahen Ostens, beschwört die Gefahr. Ohne Frieden werde am Ende die Religion endgültig zur Markierung der Feindbilder missbraucht, so wie es die radikalislamische Hamas tue. Noch gebe es religiöse Freiheit für die Christen. Den einzig machbaren Weg sehen Clement und Süßmuth in einem massiven Kampf gegen die Not in den Palästinensergebieten. Der Gewalt müsse die Grundlage entzogen werden. Clement: "Für den Frieden muss es eine wirtschaftliche Vorleistung geben." ASTRID WIRTZ